

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Bauausschusses** und **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **17.05.2010** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5,

16.WP/BauA/043

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:10 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend:

Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Vorsitzende

Leykum, Maria

stellv. Vorsitzender

Degenhard, Walter

Mitglied/Mitglieder

Brennecke, Erwin
Heldt, Gabriele
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul

Bauausschuss

Vorsitzende

Weilert-Penk, Christa

stellv. Vorsitzender

Hunze, Carl

Mitglied/Mitglieder

Brönnemann, Alfred
Fleischmann, Michael
Rickert, Heidrun
Schrader, Karl-Ludwig
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Zielonka, Dr. Holger

Beratende/s Mitglied/er

Köneke, Klaus

Ortsvorsteher Hülptingsen

Ehrhardt, Hans-Joachim

Vertreter des Seniorenrates

Böhmer, Horst

Gast/Gäste

Herr Bethmann	Landwirt
Herr Hüsken	Region Hannover
Herr Lorenzen	Region Hannover
Herr Losert	Planungsgem. Theine
Herr Möhring	Firma Landwärme
Herr Wilkening	Regio Bus

Verwaltung

Frerichs, Peter
Gahre, Florian
Herbst, Imke
Herbst, Rainer
Joos, Michael
Trappmann, Hendrik

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Biogasanlage Hülptingsen
- Vorstellung des Projektes durch die Landwirte und die Firma Landwärme
5. Busanbindung der Nordweststadt
- Bericht und Aussprache mit Vertretern der Region und RegioBus -
6. 51. Flächennutzungsplanänderung (Östlich Beerbuschweg), Offener Brief und Verkehrsgutachten
Bezugsvorlage 0584/1 (Anbindung des Kfz-Verkehrs)
- Bericht von der PGT Umwelt und Verkehr GmbH (Herr Losert) zum Verkehrsgutachten -
Vorlage: 2010 0584/2
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Weilert-Penk und **Frau Leykum** begrüßten die Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Verkehr. Sie stellten die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit beider Gremien fest. Beide Ausschüsse beschlossen die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form.

zu 2 Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Frerichs teilte mit, dass der Bund mit sofortiger Wirkung u.a. für die Förderung von Klimaschutzprogrammen der Kommunen eine Haushaltssperre erlassen habe. Die Antragstellung sei bis Ende September diesen Jahres ausgesetzt worden. Danach könnten – unter der Voraussetzung, dass wieder Mittel zur Verfügung stehen – wieder Förderanträge für 2011 gestellt werden. Nachdem die Förderung in 2010 bereits auf 70 % reduziert worden sei, betrage die Förderung ab 2011 nur noch 60 %. Mit der Klimaschutzagentur sei abgesprochen, die Beantragung der Förderung fortzusetzen.

zu 3 Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Bauausschuss

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 4 Biogasanlage Hülptingsen - Vorstellung des Projektes durch die Landwirte und die Firma Landwärme

Herr Trappmann führte in seinen einleitenden Worten aus, dass es bereits im Vorfeld dieser Präsentation Gespräche mit den beteiligten Landwirten, der Firma Landwärme und der Stadtverwaltung gegeben habe. Bei diesen Gesprächen habe sich herausgestellt, dass für die Realisierung dieses Vorhabens die Aufstellung eines Bebauungsplans unabdingbar sei, da es die Größe eines für Landwirte nach § 35 Baugesetzbuch privilegierten Vorhabens deutlich übersteige.

Im Anschluss stellten der Landwirt **Herr Bethmann** und **Herr Möhring** von der Firma Landwärme das Projekt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt ist.

Herr Dr. Zielonka fragte nach, wie viel Mais derzeit angebaut werde.

Herr Bethmann antwortete, dass in der Gemarkung Hülptingsen derzeit kein Mais angebaut werde.

Herr Fleischmann sagte, dass er befürchte, dass auch genveränderter Mais in der Anlage verwendet werde und dieser dann in Burgdorf angebaut werden müsse.

Herr Bethmann entgegnete, dass keine genveränderten Maissorten für die Verwendung in einer Biogasanlage zugelassen seien.

Frau Weilert-Penk erkundigte sich nach der Häufigkeit der Anlieferungen zu der Anlage.

Herr Bethmann führte aus, dass lediglich zur Erntezeit mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen sei. Dazwischen werde die Anlage so gut wie gar nicht beliefert. Die Biomasse rekrutiere sich aus den gelagerten Materialien.

Frau Leykum befürchtete eine Geruchsbelästigung durch die Anlage.

Herr Bethmann erläuterte, dass lediglich beim Anstich der Silage Gerüche entstünden. Alles in allem sei diese Art der Anlage jedoch weniger Geruchsintensiv als zum Beispiel ein Kuh- oder Schweinestall.

Herr Fleischmann gab zu bedenken, dass die Winde in letzter Zeit immer häufiger aus Nordost kämen und dies für die Zukunft seiner Ansicht nach auch vermehrt zu erwarten sei. Zudem gebe es seines Wissens nach Maissorten, die sowohl genverändert als auch für den Betrieb in einer Biogasanlage zugelassen seien.

Herr Möhring erwiderte, dass es im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan umfangreiche Gutachten zu Schall- und Geruchsbelästigungen geben würde. Diese könnten dann durch die Politik bewertet werden. Der jetzt vorgeschlagene Suchraum mit mehreren möglichen Standorten sei seiner Ansicht nach sehr gut geeignet, um die Belästigungen der Anwohnerinnen und Anwohner auf ein Minimum zu reduzieren.

Frau Rickert befürchtete die Entstehung von Monokulturen, wenn nur noch Mais angebaut werde.

Diese Befürchtungen entkräftete **Herr Bethmann**. Monokulturen könne es aufgrund der erforderlichen Fruchtfolge auf den Feldern nicht geben. Zudem bleibe auch weiterhin die Kartoffel die Haupteinnahmequelle der betreffenden Landwirte.

Frau Rickert fragte nach der Höhe der geplanten Anlage.

Herr Möhring antwortete, dass der sogenannte Fermenter ca. 6 – 10 Meter hoch werde. Dies könne zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht genau gesagt werden. Einzelne Bauteile wie z.B. Schornsteine könnten auch noch etwas höher werden. Die maximale Höhe könne jedoch durch die Politik im Bebauungsplan festgesetzt werden.

Herr Braun befürchtete die Verdrängung von Lebensmittelpflanzen, wenn lediglich Biomasse erzeugt werde.

Herr Möhring sagte, dass diese Gefahr seiner Ansicht nach nicht bestehe, da die Kartoffel zum Beispiel auch weiterhin eine hohe Gewinnmarge mit sich bringe und die Landwirte nicht darauf verzichten werden wollen.

Herr Dr. Zielonka fragte nach dem Aufwand für die Einspeisung ins Gasnetz.

Herr Möhring antwortete, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Ortsleitung und

eine größere Gasleitung entlang des Burgdorfer Holzes befänden. Beide Leitungen seien mit einer Anbindungsentfernung von unter einem Kilometer gut zu erschließen.

Herr Köneke hielt es für sinnvoll, durch die Schaffung eines Bebauungsplans aktiv Einfluss auf die Gestaltung der Anlage nehmen zu können. Die Alternative seien viele kleinere Anlagen auf den Höfen der Landwirte. Hier könne jedoch die Politik keinen Einfluss nehmen.

Herr Fleischmann merkte an, dass seine Befürchtungen hinsichtlich der sich künftig häufiger einstellenden nordöstlichen Windrichtung nicht entkräftet worden seien. Vor diesem Hintergrund halte er den geplanten Standort für suboptimal.

Herr Schrader betrachtete das Zusammenführen mehrerer kleiner Anlagen zu einer solchen Großanlage als sinnvoll. So könne die Politik durch die Aufstellung eines B-Plans die Kontrolle behalten.

Herr Dr. Zielonka schloss sich **Herrn Schrader** an.

Herr Plass war ebenfalls von der Sinnhaftigkeit einer solchen Bündelung überzeugt und merkte an, dass Hülptingsen aufgrund des Standortes offenbar nicht oder nur kaum tangiert werde.

Frau Weilert-Penk schloss die Diskussion und fügte hinzu, dass die verschiedenen Fraktionen und Gremien nun eine Diskussionsgrundlage hätten.

zu 5 **Busanbindung der Nordweststadt** **- Bericht und Aussprache mit Vertretern der Region und RegioBus -**

Herr Joos erläuterte zunächst die Zusammenhänge und stellte erneut die in Rede stehenden Varianten der Buslinienführung in der Weststadt vor.

Herr Lorenzen von der Region Hannover führte aus, warum die einzelnen alternativ vorgeschlagenen Buslinienführungen nicht realisierbar seien.

Frau Weilert-Penk fragte, warum eine Verknüpfung der Buslinien 905 und 906 nicht bereits vor 09:00 Uhr möglich sei. Dies würde Vorteile für Schülerinnen und Schüler bringen.

Herr Lorenzen antwortete, dass bei einer Verknüpfung der Linien vor 09:00 Uhr aufgrund des Berufsverkehrs das Halbstundenangebot der Linie 905 nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Dies sei jedoch insbesondere für die berufstätigen Anwohnerinnen und Anwohner der Weststadt wichtig, da diese den Zug am Bahnhof erreichen müssten.

Herr Wilkening ergänzte, dass die Schülerinnen und Schüler aus der Weststadt auch derzeit nicht den Bahnhofstunnel durchqueren müssten, um einen Anschlussbus zu erreichen. Ein Einsatzwagen stünde auf der Westseite des Bahnhofs bereit.

Herr Fleischmann merkte an, dass bei der Linie 640 die Möglichkeit der „Sackstraßenvariante“ gewählt worden sei. Warum sei dies in der Weststadt nicht möglich?

Herr Lorenzen entgegnete, dass die Situationen nicht vergleichbar seien. Die längere Fahrzeit durch die „Sackstraßenvariante“ habe durch eine insgesamte Fahrstrecken- und somit auch Fahrzeitverkürzung kompensiert werden können. Er fügte hinzu, dass ein Wenden in der Saalestraße weder fahrtechnisch noch finanziell realisierbar sei. Der vorhandene Platz sei zum Wenden zudem nicht geeignet, da die Busfahrer dann rückwärts fahren müssten, was nicht zulässig sei.

Herr Dr. Zielonka schlug eine tangentielle Buslinienführung vor, die die Ortschaften Otze und Weferlingen über die neue B188 mit der Nordweststadt verbinde. Dann könne man z.B. die Grundschule Otze zusätzlich anbinden und sich die derzeitige taxigestützte Schülerbeförderung sparen.

Herr Lorenzen erwiderte, dass eine solche Linie zusätzlich verkehren müsste. Tangentiale Ströme seien äußerst gering ausgeprägt und die Realisierung dieser Variante stehe außerhalb jeglicher Finanzierungsmöglichkeiten.

Herr Plass teilte mit, dass sich Teile der CDU-Fraktion die örtlichen Gegebenheiten an der verlängerten Moorstraße angesehen hätten. Aufgrund der Sicherheitsgefährdung von Passanten und der nicht ausreichenden Absicherung des angrenzenden Spielplatzes forderte er die Inbetrachtziehung weiterer Alternativen.

Herr Hunze sagte, dass die von der Verwaltung favorisierte Lösung auf über zehn Jahre alte Planungen aufbaue. Es müssten neue, den jetzigen Umständen angepasste, Varianten vorgelegt werden. Der Schülertransport müsse zudem völlig losgelöst vom „normalen“ ÖPNV betrachtet werden. Er fragte in die Runde, warum nicht auch ein Anbieterwechsel möglich sei. Die RegioBus sei nicht das einzige Unternehmen, das diese Leistungen anbiete. Vielleicht sei lediglich so eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Herr Schulz stimmte **Herrn Hunze** zu und stellte namens der WGS den folgenden

Antrag:

„Wir fordern eine (provisorische) Anbindung des Neubaugebiets Heinckenfeld zum nächsten Fahrplanwechsel im Herbst 2010. Die Art der Anbindung bleibt dem Anbieter überlassen.“

Herr Schulz begründete diesen Antrag mit der Tatsache, dass es nun wichtig sei, den dort bereits eingezogenen Menschen eine adäquate Anbindung an den ÖPNV zu schaffen und dies nicht erst nach einer langen Diskussion.

Herr Lorenzen sagte, dass eine solche provisorische Anbindung zum Fahrplanwechsel im Herbst 2010 nicht mehr möglich sei.

Herr Schrader unterstützte den Antrag von **Herrn Schulz** und sagte, dass eine Anbindung wichtig sei.

An **Herrn Hunze** gerichtet führte **Herr Trappmann** aus, dass man keinesfalls alte Planungen neu aufrolle, vielmehr sei man aufgrund neuer Überlegungen lediglich zur selben Lösung gekommen.

Eine Abstimmung über den Antrag von **Herrn Schulz** fand nicht statt.

zu 6 **51. Flächennutzungsplanänderung (Östlich Beerbuschweg), Offener Brief und Verkehrsgutachten**
Bezugsvorlage 0584/1 (Anbindung des Kfz-Verkehrs)
- Bericht von der PGT Umwelt und Verkehr GmbH (Herr Losert) zum Verkehrsgutachten -
Vorlage: 2010 0584/2

Herr Trappmann gab zunächst eine kurze Einführung in das Thema. Anschließend stellte **Herr Losert** das als Anlage 2 beigefügte Gutachten vor.

Die Mitglieder beider Ausschüsse nahmen die Präsentation zur Kenntnis und einigten sich auf eine Aussprache in den jeweiligen Ausschüssen.

zu 7 **Anregungen an die Verwaltung**

Herr Fleischmann hatte die folgenden Anregungen an die Verwaltung:

1. Am Bahnhof in Otze sollten nicht nur Radbügel, sondern auch Radkäfige (analog zu den Bahnhöfen in Burgdorf und Ehlershausen) aufgestellt werden.
2. Die beantragte neue Ampelschaltung im Innenstadtbereich, die den Fußgängern schneller und länger „Grün“ schaltet, sollte ebenfalls bezogen auf die Ampelanlage Uetzer Straße / Ostlandring übernommen werden. Zudem seien noch nicht alle Ampeln im Innenstadtbereich neu geschaltet.
3. Bezüglich der Ausfahrt vom Schützenplatz auf die Straße „Kleiner Brückendamm“ forderte **Herr Fleischmann** eine zügige Verlegung der Ausfahrt. Hier seien bereits etliche Unfälle mit Radfahrern passiert. Die Maßnahme der Stadtverwaltung, mit Schildern eine Entschärfung herbeizuführen, hielt **Herr Fleischmann** für unwirksam.

Herr Herbst sagte, dass die Umprogrammierung der Ampelanlagen im Innenstadtbereich sukzessive fortgeführt werde. Auch die Lichtsignalanlage Uetzer Straße / Ostlandring sei vorgesehen. Ein Termin mit der Fachfirma stehe unmittelbar bevor.

Weiterhin führte **Herr Herbst** aus, dass die Ausfahrt des Schützenplatzes derzeit überdacht werde. Die „Schilderlösung“ sei eine Möglichkeit, die ausprobiert werden müsse.

Herr Schrader regte an, dass im Zuge des Stadtstraßenumbaus und der Einrichtung der Baustelle für den Kreisel an der Hochbrücke die Parkverbote auf der Post-, Braunschweiger- und Marktstraße aufgehoben werden sollten. Zudem wies er auf ein fehlendes Hinweisschild auf die B188 an der Kreuzung „Schwarzer Herzog“ aus Richtung Immensen kommend hin.

Herr Rohde kritisierte, dass die „Schilderlösung“ an der Schützenplatzausfahrt nicht Gegenstand einer Mitteilung des Bürgermeisters in den entsprechenden Gremien gewesen sei. Die Ratsmitglieder hätten von dieser Maßnahme erst aus der Zeitung erfahren.

Weiterhin bemängelte **Herr Rohde**, dass keine Brandsicherheitswache der Feuerwehr anwesend sei, obwohl dies seines Wissens für Veranstaltungen im Rats-

saal des Schlosses vorgeschrieben sei. Er bat diesbezüglich um Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Antwort über Protokoll:

Richtig ist, dass die Anforderung einer Brandsicherheitswache hätte erfolgen müssen. Dies wurde aufgrund der ungewöhnlichen Ausschusskonstellation und des ausnahmsweise abweichenden Sitzungsortes versäumt.

Da keine weiteren Anregungen vorgetragen wurden, schloss **Frau Weilert-Penk** diesen Tagesordnungspunkt und eröffnete die

Einwohnerfragestunde

Frau Ahrens übergab eine Reihe von Fragen an die Stadt Burgdorf, die Region Hannover sowie an RegioBus.

Herr Rohde verließ um 18:42 Uhr den Sitzungssaal.

Herr Bredemeier fragte nach einem Ansprechpartner für das geplante Radwegkonzept.

Herr Herbst antwortete, dass der Auftrag in nächster Zeit erteilt werde und dann ein Ansprechpartner feststehe.

Frau Möller stellte sich als Bewohnerin Hülptingsens vor und fragte, wo der Anlieferverkehr für die geplante Biomethananlage hauptsächlich verkehren würde und ob die Ortschaft Hülptingsen durch die Anlage mehr Verkehr zu erwarten habe.

Herr Trappmann antwortete, dass nach Aussage der Landwirte ein großer Teil des Verkehrs über die bestehenden landwirtschaftlichen Wege abgewickelt werde. Die Hauptverkehrsbeziehungen verliefen zwischen den Feldern im Umfeld der Anlage und dem Standort der Biogasanlage. Ein Teil des Anlieferverkehrs werde sicherlich auch durch Hülptingsen verkehren. Die Verkehrsströme seien in einem Bauleitplanungsverfahren sorgfältig zu prüfen.

Frau Möller meldete bezüglich der zu erwartenden Geruchsmissionen Bedenken an. Ihres Wissens nach sei bereits eine derartige Anlage abgeschaltet worden, nachdem Anwohner aufgrund der starken Geruchsbelästigung geklagt hätten.

Herr Trappmann wies darauf hin, dass der dargestellte Suchraum einen großen Abstand zu den Wohngebieten der Südstadt sowie der Ortschaft Hülptingsen aufweise. Dennoch müsse das Thema „Geruchsmissionen“ im weiteren Verfahren berücksichtigt werden und in die Entscheidungsfindung „Ob“ und „Wo“ diese Anlage entstehe mit einfließen.

Herr Ramm stellte sich ebenfalls als Anwohner der Ortschaft Hülptingsen vor und wollte wissen, wie der vorbeugende Brandschutz bei derartigen Anlage geregelt sei. Er befürchte eine große Brandfahne, die in Richtung Hülptingsen ziehe, sollte die Anlage brennen.

Antwort über Protokoll:

Die örtliche Feuerwehr stellt in Zusammenarbeit mit dem Betreiber solcher Anlagen sogenannte Objekt- und Alarmpläne auf und ist so auf sämtliche von der Anlage ausgehenden Gefahren eingestellt. Zudem wird im Baugenehmigungsverfahren der vorbeugende Brandschutz durch technische Einrichtungen und bauliche Vorkehrungen einem besonderen Augenmerk unterzogen.

Herr Schacht stellte eine Alternative zu den bisher vorgeschlagenen Buslinienführungen in der Weststadt vor, die den Ahrbergenweg mit einbeziehe. Er bat darum, diesen Vorschlag in den politischen Gremien und in der Verwaltung zu diskutieren und ihm eine schriftliche Antwort der Stadt Burgdorf zukommen zu lassen.

Herr Trappmann wies darauf hin, dass die von Herrn Schacht vorgestellte Alternative langfristig durchaus eine sinnvolle Lösung sein könne. Da die im Rahmenkonzept „Burgdorf Nord-West“ vorgesehenen und durch das ISEK aktualisierten neuen Baugebiete in der Weststadt voraussichtlich erst in den nächsten Jahrzehnten entstünden, sei diese Linienführung derzeit nicht sinnvoll. Ohne die neuen Baugebiete würde die Bustrasse über eine lange Strecke durch die freie Landschaft führen.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, schlossen **Frau Leykum** und **Frau Weiert-Penk** die gemeinsame Sitzung des Bauausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Verkehr um 19:10 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführer